

Antrag

der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic, Dr. Helga Krismer-Huber, Emmerich Weiderbauer, Amrita Enzinger Msc., Gottfried Waldhäusl, Erich Königsberger

betreffend Verfall der Milch- und Fleischpreise- Gefahren durch TTIP, CETA und TiSA

Derzeit protestieren zahlreiche Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren in Brüssel gegen das Versagen der europäischen Agrarpolitik und gegen den drastischen Verfall der Milch und Fleischpreise, der das Ende der bäuerlichen Produktion bedeuten kann. Dennoch sind es genau jene Parteien, die vordergründig die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten vorgeben, die diesen Preisverfall und die alleinige Vormachtstellung einiger weniger Agrarkonzerne massiv vorantreiben. Der Preisverfall hat drei Hauptursachen:

Die noch immer nicht vollzogene Wende nach dem Motto: „Klasse statt Masse“:

Noch immer werden unsere LandwirtInnen auch von den eigenen Interessenvertretungen in einen aussichtslosen Preiskampf gegen Agrarfabriken und multinationale Konzerne geschickt; noch immer werden Stallanlagen mit Vollspaltenböden, zu wenig Freiraum und nicht artgerechten Lebensbedingungen errichtet. Stattdessen brauchen wir Kooperationen unserer Landwirtschaft mit dem Tierschutz und den KonsumentInnen und eine lückenlose Deklaration tierischer Produkte nach dem Kriterium der artgerechten Tierhaltung; die österreichische Eier- und Geflügelproduktion hat bewiesen, dass nur dieser Weg richtig ist! Österreich hat das Zeug zum Pioniermarkt der Extraklasse, zum europäischen Vorzeige-Modell.

Die Vorauswirkungen fataler Handelsabkommen wie TTIP und CETA, die nur den Billigproduktionen, der Massentierhaltung und einmal mehr den Konzernen nützen und der heimischen Landwirtschaft einen noch rapideren Preisverfall bescheren werden.

Die durchschnittlichen Größen der Agrarkomplexe in Übersee sind mit unserer Landwirtschaft gar nicht mehr zu vergleichen. Klein- und mittelbäuerliche Erzeugungen gibt es dort schon lange nicht mehr. In den USA hat sich eine für Tiere und Umwelt verhängnisvolle Agro-Industrie auf der ganzen Linie durchgesetzt. Tiere werden dort in riesigen Einheiten gehalten und mit Hormonen und Medikamenten im Blitztempo gemästet. Umwelt- und Sozialkosten spielen keine Rolle; Hauptsache der Profit der börsen-notierten Agro-Riesen stimmt. Und östlich von Österreich drohen ähnliche Dumping-Importe von Ukrainischen Agro-Komplexen; auch dort sind Tierschutz und Umweltschutz unbekannte Fremdworte. Und diese Handelsabkommen haben noch eine für die Konzerne erwünschte Nebenwirkung: Sie würden jeden ökologischen und sozialen Fortschritt unmöglich machen, weil alles, was zu

zusätzlichen Kosten für die Agrarkonzerne führen könnte, schon im Vorfeld mit sündteuren Klagen niedergeschmettert werden könnte. Auch das ist dort, wo diese Abkommen schon gelten, bereits Realität.

Das Lavieren der österreichischen und europäischen Landwirtschaftspolitik zwischen Konzerninteressen und einer Beschwichtigung für unsere Bäuerinnen und Bauern.

Das, was jetzt wichtig wäre, ist unter Fachleuten klar: Unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen Fairness, faire Preise und keine Geldalmosen. Faire Preise werden aber nur zu erzielen sein, wenn Tierschutz und Umweltschutz nicht als Hemmnis und Klotz am Bein denunziert werden, sondern als das moderne und volkswirtschaftlich nützliche Produktionsprinzip, das auf das Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten bauen kann. Alle tierischen Produkte sollen nach dem Tiergerechtheits-Index deklariert werden müssen, sollen in Zusammenarbeit mit der Tierschutzbewegung streng kontrolliert werden und die dafür anfallenden Kosten sollen den bäuerlichen Betrieben zur Gänze öffentlich abgegolten werden. Neue Stallungen sollen nur noch bewilligt werden, wenn sie tiergerecht sind. Die EU-Mindeststandards werden im internationalen Wettbewerb nicht genügen, um den Preisverfall bei tierischen Produkten zu stoppen.

Und wofür haben die Abgeordneten gestimmt national und international?

Halbherziges Taktieren ist fehl am Platz. Wir brauchen eine mutige neue Agrarpolitik – mit der österreichischen Landwirtschaft als Flaggschiff.

Die meisten Bäuerinnen und Bauern werden davon ausgehen, dass diese Argumente gegen TTIP & Co. stichhaltig und überzeugend sind. Rückendeckung erhalten sie dabei vom Präsidenten des NÖ Landtags Ing. Hans Penz persönlich (Zitat: „*TTIP schadet unserer Landwirtschaft*“).

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1) Der NÖ Landtag spricht sich klar gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TiSA und alle weiteren aus, die die Agrarwirtschaft unseres Landes durch Untergrabung von Qualitätsstandards jeglicher Art bedrohen.

2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert

- a) alle Möglichkeiten im eigenen Wirkungsbereich auszuschöpfen sowie den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft aufzufordern, durch direkte Gespräche mit EU-Abgeordneten des Landes darauf hinzuwirken, dass jede weitere Abstimmung GEGEN TTIP und Co ausfalle. Darüber hinaus sollen die Verhandlungsprotokolle zu den Freihandelsabkommen vollständig veröffentlicht werden.

- b) sich auf allen Ebenen für eine flächendeckende Produktdeklaration nach Haltungs- und Tierschutzstandards sowie für faire Preise und somit Überlebenschancen für unsere Bauern einzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Europa-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.